

Presseinformation Nr. 2

EU-Kommission ist jetzt gefordert rasch zu handeln – LH Pröll soll den Beweis antreten!

(Wien, 09. September 2005 – Bürgerinitiative fordert EU-Kommission zum raschen Handeln auf; LH Pröll soll beweisen, dass er trotz budgetärer Mehrbelastungen, Abgaben senken kann; Landesgruppen bereits in fünf Bundesländern aktiv)

Als erste Reaktion auf das gestern ergangene Urteil des EuGH fordert die Bürgerinitiative der Mobilfunkkunden die EU-Kommission auf, jetzt rasch zu handeln, um die Rechtmäßigkeit des NÖ Sendeanlagenabgabengesetzes zu klären. Die niederösterreichischen Politiker sollten ebenso eine rasche Überprüfung des eigenen Gesetzes durch die EU begrüßen. Als letzter Schritt ist dazu natürlich auch ein Vertragsverletzungsverfahren geeignet.

„Die Bürger sind verärgert und erwarten sich von der EU-Kommission, dass diese endlich tätig wird!“, fordert Obmann Alfred Reiterer und ärgert sich über die ab Jänner drohende zusätzliche Belastung: „Nachdem der uns 1994 versprochene Ederer 1000er nie auf meinem Konto angekommen ist, droht uns jetzt auch noch der Pröll 50er durch die Erhöhung der Telefonkosten!“

Die Bürgerinitiative der Mobilfunkkunden fordert Landeshauptmann Pröll weiters auf, ein Vorbild zu sein! Er hat im ORF NÖ Interview erklärt, dass trotz der zusätzlichen Belastung von 30-40 Mio EUR durch die Handymastensteuer eine Senkung der Telefentarife möglich ist. Als oberster Politiker des Landes Niederösterreich soll er daher den Beweis antreten und trotz der Mehrbelastungen im Budget (Stichwort: Spitalskosten) die Steuern und Abgaben in Niederösterreich auf Grund von Einsparungen senken und nicht neue Belastungen für den Bürger erfinden. Damit wäre ein erster Beweis erbracht, dass es sich um eine Lenkungsmaßnahme und keine Geldbeschaffungsaktion handelt!

Der bereits im August begonnene Aufbau von Landesgruppen der Bürgerinitiative wird – angesichts der Aussagen von Politikern aus anderen Bundesländern – weiter vorangetrieben. So kritisiert David Neuner von der Landesgruppe Tirol die Forderung des SPÖ Landtagsklubs auf das Schärfste. „Sollte die SP Tirol einen entsprechenden Antrag im Landtag einbringen, dann werden wir uns zu wehren wissen“, gibt sich der Studentenvertreter der Universität Innsbruck kämpferisch.

Interessierte Bürger aus allen Bundesländern können sich weiterhin unter www.mobilfunkkunden.at oder per E-Mail an info@mobilfunkkunden.at melden.

Für Rückfragen steht Ihnen Alfred Reiterer, Obmann der „Bürgerinitiative der Mobilfunkkunden“, per E-Mail unter alfred.reiterer@mobilfunkkunden.at oder telefonisch unter 01 962 8121 gerne zur Verfügung.